



„Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein.“ Karl Marx

Betriebsflugblatt
der
Sozialistischen
Arbeiterstimme
DB Regio und S-Bahn
28. Mai 2015

EU-Ostpartnerschaftsgipfel– Freihandel, Krieg und Propaganda

Ende letzter Woche konnten wir "Ein Ereignis von Weltbedeutung" mitverfolgen. So jedenfalls nannte EU-Parlamentspräsident Martin Schulz den EU-Ostpartnerschaftsgipfel in Riga.

Die Teilnehmer_innen des Gipfels haben sich dort auf eine gemeinsame Abschlusserklärung geeinigt. Darin macht die EU deutlich, dass frühere Sowjetrepubliken wie Georgien und die Ukraine trotz ihres Strebens in Richtung Westen vorerst keine Perspektive auf einen EU-Beitritt haben. Auch die Erwartungen in bezug auf Visafreiheit wurden gedämpft. Ende des Jahres sollen zunächst dafür geforderte Reformen geprüft werden.

Dabei hatte man in der Vergangenheit doch gerade der Ukraine anderslautende Versprechen gemacht, wenn sie sich bereit erklären würde, die sogenannten Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU zu unterschreiben. Das Assoziierungsabkommen "stellt nicht das finale Ziel der EU-Ukraine-Kooperation dar", hieß es noch damals.

Das Versprechen gilt nicht mehr

Für die Herrschenden in Europa ist dieses Ergebnis nur konsequent. Sie haben so ziemlich erreicht was sie wollten. Denn hinter diesen so wohlklingenden Worten wie „Assoziierungs- und Freihandelsabkommen“ stecken knallharte wirtschaftliche und geostrategische Interessen. Und die kann das westliche EU-Kapital mit Hilfe dieser Abkommen umso einfacher umsetzen. Denn dort heißt es, die ukrainische Regierung muss "umgehend ein ehrgeiziges Strukturreformprogramm auflegen" und sich einem Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds [IWF] unterziehen. Die Pläne basieren auf dem "griechischen Modell", also den brutalen Kürzungen, die der IWF und die EU in Griechenland durchgesetzt haben, und die dort rasch für einen massiven Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut sorgten. Überhaupt ist es schwer nachvollziehbar, warum uns gerade solche Abkommen immer wieder als die Heilsbringer westlicher Demokratie und Werte verkauft werden. Schließlich können wir selbst in Deutschland nichts Demokratisches und Wertvolles am TTIP entdecken. Und das ist auch richtig so. Denn immer dann, wenn die herrschenden Politiker_innen von „Freiheit“ und „Werten“ reden, meinen sie eigentlich die Profite ihrer jeweiligen nationalen Konzerne. Und die werden mit Elend und Armut für die Bevölkerung erkaufte. Der Bürgerkrieg, der in der Ukraine herrscht, macht uns das auf blutige Art deutlich.

Kriegspläne statt Sozialprogramme

Der Lebensstandard ist im Zusammenhang mit dem Kollaps der ukrainischen Währung Hrywnja, welcher eine Inflation von 60,9 Prozent befeuert hat, abgestürzt. Massen von Menschen wurden durch die Entlassungen von Beschäftigten im öffentliche Dienst durch das Kiewer Regime und durch die Abschaffung der Subventionen für die Kohleindustrie aus Lohn und Brot und in die Armut geworfen. Die ukrainische Wirtschaftsleistung fiel innerhalb eines Jahres um atemberaubende 17,6 Prozent. Die Schulden der ukrainischen Regierung sind sprunghaft von 41 auf 73 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) des Landes angestiegen. Mit anderen Worten: die soziale Lage im Land ist erbärmlich. Das ist für die ukrainische Regierung und den Westen jedoch kein Grund den Bürgerkrieg im Lande aufzugeben und die soziale Notlage zu bekämpfen. Im Gegenteil: Man redet sogar davon, in der Ukraine „die größte Armee Europas“ aufzubauen. Und auch die NATO rüstet auf, bereitet sogenannte „schnelle Eingreiftruppen“ für eine mögliche Konfrontation mit Russland vor und verstärkt die Truppen in Russlands westlichen Nachbarstaaten.

Es gab und gibt eine Vielzahl sozialer Proteste in der Westukraine und, angesichts der Versuche des Kiewer Regimes mehr Soldaten in den Kampf in der Ostukraine einzuziehen, eine massenhafte Verweigerung des Militärdienstes. Alleine *das* beweist recht gut, dass es in diesem Land eben *nicht* um *ihre Interessen, ihre Freiheit und ihre Werte* geht!

Propaganda auf allen Seiten

Der Gipfel letzte Woche diente allen Beteiligten als willkommene Möglichkeit, um mal wieder ordentlich zu hetzen. Die Westlichen Medien gegen Russland und Russland gegen den Westen. Sie schieben sich gegenseitig die Schuld an der katastrophalen Lage im Land zu. Und dabei nehmen sie sich alle nichts. Sowohl Russland, als auch der Westen haben dieselben Interessen in der Region. Im Laufe der letzten Jahre gelangte das Land zunehmend in die Mitte eines Tauziehens zwischen Ost und West: Russland umwarb es, sich der bestehenden Zollunion und der sich bildenden Eurasischen Union anzuschließen, vom Westen her wurde versucht, es in Richtung eines EU-Beitritts zu bewegen. Ein Konflikt zweier Blöcke von Großmächten, bei denen zumindest eines jetzt schon klar ist: Für die Bevölkerung wird daraus nichts Gutes folgen.

Von Kollegen für Kollegen...

Wie soll das denn gehen?

Für die Schlichtung in den Tarifverhandlungen haben DB und GDL absolutes Stillschweigen vereinbart. Nur, warum? Unsere Forderungen müsste die DB inzwischen auswendig können. Wir wissen auch alle, um was es geht. Dass Webers weinerlicher Singsang stört, könnten wir nachvollziehen...

Bei soviel Schweigen, wie wollen die denn da zu Potte kommen, wenn keiner etwas sagen darf? Werden die Verhandlungspositionen vorgetanzt?

Den Eiertanz um unsere Forderungen haben wir schon zu lange mit ansehen müssen.

Wenn es nach uns ginge, sollten die Verhandlungen öffentlich sein, damit die DB klar sagen muss, was sie anbietet und wir beraten können, ob wir damit einverstanden sind.

Die Bahn braucht weiterhin Druck von unten

Die DB ist jedenfalls nicht still, wenn es darum geht, nach dem Lohnabschluss mit der EVG zu verkünden, dass damit die Schmerzgrenze erreicht sei.

Die DB setzt Maßstäbe... jetzt, zu Beginn der Schlichtung. Und sie wird alles versuchen, jede echte Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu vermeiden.

Voll der Kracher

Die einen streiken, die anderen nicht, viele Kollegen möchten nicht Streikbrecher sein.

Als unter dem Druck des GDL-Streiks auch EVG-Führungsleute von Streik sprachen, dass es „kracht“, konnte man auf „dumme“ Gedanken kommen: Ist doch genial, wenn wir unsere Forderungen – so unterschiedlich sie auch sind – zusammen durchsetzen würden. Wir könnten nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Nicht mal die Privatbahner könnten von der DB angeheuert und zu Streikbrecherarbeiten gezwungen werden. Würde das schön krachen.

Fifty Shades of Grey bei der DB

Die DB hat es gar nicht aushalten können, uns nach der Ankündigung des Streikendes mit Sehnstserklärungen per SMS zu überhäufen. Wir sollten uns ganz schnell melden. Was für eine Liebe... um uns dann wieder täglich mit kleinen Schlägen zu traktieren.

Trinkst du nur Kaffee oder streikst Du schon?

50 Bahner und Bahnerinnen sitzen in der Sonne zusammen und diskutieren über den Streik und das Streikende. Nicht unnormal im Streiklokal am Ostbahnhof. Solche Streikversammlungen bringen alle enger zusammen, man merkt, dass man mit seiner Meinung nicht allein ist und der Mut ist viel größer. Könnte sein, dass die DB-Oberchefs ein bisschen sauer wären, wenn das Schule machen würde. Und vielleicht gäbe es dann mehr von solchen öffentlichen Erklärungen, wie die vom letzten Streiktag am Ostbahnhof: „Für uns stehen

die Forderungen nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit und der Begrenzung der Überstunden an erster Stelle. (...) In einer spontanen Versammlung erklärten alle Kollegen, die volle Streikbereitschaft auch über die Zeit der Schlichtung aufrecht zu erhalten.“

Tarifeinheit – für wen?

Das Tarifeinheitsgesetz soll am 1. Juli in Kraft treten. Begründet wird das mit „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“. Das ist schon längst nicht mehr der Fall. Wie viele Subunternehmen hat die Charité allein? 9! Vivantes? 16! Die Deutsche Bahn? 579! Jeder hat seinen eigenen Vertrag.

Es geht nicht um „Frieden im Betrieb“ oder „Einheit der Beschäftigten“, sondern darum, die kämpferischeren Teile der Belegschaften ausschalten. Die Arbeitgeberverbände freuen sich, die Wirtschaftsverbände jubeln, das ist ein Gesetz ganz in ihrem Sinne. Die angekündigten Klagen dagegen werden Jahre brauchen mit ungewissem Ausgang. Es ist unser Widerstand über Gewerkschaftsgrenzen und Berufsgruppen hinweg, jetzt, der das Gesetz verhindern wird!

Bahner bei Kita-Beschäftigten am Kanzleramt



Die Kita-Beschäftigten streiken für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn. Die Erzieherinnen-Samba-Gruppe brachte nicht nur ein bisschen Schwung in die steifen Lokführerhüften, der Besuch war auch ein erster Schritt, um die verschiedenen Aktionen in denselben Rhythmus zusammen zu bringen.

Nach Streikabbruch läuft's gar nicht rund

Das hektische Streikende sitzt vielen noch in den Knochen. Bei Regio gibt es eine ganze Reihe von Zügen ohne Zugbegleiter, Lichtenberg – Eberswalde fährt wegen Personalmangel fast gar nicht, die Ausflugszüge nach Prenzlau und Neustrelitz sind ausgefallen. Sogar die Triebwagen und Loks waren vom plötzlichen Streikabbruch überrascht und streikten. Bei der S-Bahn blieben zig Dienste offen. Den Dienstreglern und Lokleitern machen solche ad-hoc Streikabbrüche die Arbeit schwerer. Deshalb in Zukunft nach der alten Eisenbahner-Regel: Mit der nötigen Raschheit aber ohne Überstürzung. Bestehen Zweifel, Finger weg von einem funktionierenden Streik!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wenn Du willst, dass es alle KollegInnen gut informiert, dann hilf dabei. Wende Dich an:

www.sozialistische-arbeiterstimme.org
flugblatt_bahn@gmx.de

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin